

Regionen, wird überwiegend befürwortet. Nach ebenfalls überwiegender Meinung sollten die Diakone in der Regel verheiratet sein, caritative, hilfsseelsorgerische, katechetische und liturgische Funktionen ausüben, jedoch im Gegensatz zu den Priestern nicht „beamtet“ sein. Der Hauptgrund für das letztgenannte Postulat liegt wiederum darin, daß man den Klerus als eine isolierte gesellschaftliche Gruppe betrachtet und in nichtbeamteten und verheirateten Diakonen kontaktfreudigere und verständnisvollere Repräsentanten der Kirche oder vielmehr der Hierarchie zu finden hofft.

Unter den Fragen, die nicht gestellt worden waren, jedoch in nicht wenigen Antworten berührt wurden, befindet sich die Frage nach der „wirklichkeitsgemäßen“ Instruktion der Eheleute. Man hat, wie das nicht anders möglich war, in ziemlich ratloser, konfuser und bisweilen pragmatistischer Form dazu Stellung genommen.

Die Redaktion des „Tygodnik Powszechny“, die diese Umfrage veranstaltet hat, stellt in ihrem Bericht die Frage, was in den Zuschriften am eindrucksvollsten ausgesprochen worden sei. Sie meint, es sei das Verlangen nach stärkeren Kontakten zwischen Klerus und Gläubigen, und bemerkt, viele dieser Wünsche könnten sich auch ohne ein Konzil erfüllen. Aber vielleicht beruht diese, in der polnischen Alltagswirklichkeit besonders schmerzlich empfundene Schwäche der Kontakte doch auf psychischen Auswirkungen von kirchlichen Strukturen, die sich an bestimmten Punkten, „Epochen“ der Kirchengeschichte herausgebildet und ein Kirchenbewußtsein geschaffen haben, das die Kirche mehr oder weniger mit dem Klerus identifiziert. Eine Untersuchung darüber, wie der Ausdruck „die Kirche“ selbst noch heute in amtlichen Dokumenten, in der Hirtenbrief- und Kanzelsprache und allenthalben gebraucht wird, würde womöglich zeigen, daß wir trotz der Wiederentdeckung des Corpus mysticum geistig noch in einer klerikalen Weltauffassung leben.

Die Kirche in Ruanda und Burundi

Die Zwei-Einheit Ruanda-Urundi ist zerfallen. Die beiden Länder haben vorgezogen, die Unabhängigkeit, die sie am 1. Juli 1962 erhielten, getrennt anzutreten. Ob sie ihr Vorhaben, wenigstens wirtschaftlich eine Einheit zu bilden, ausführen werden, kann nur die Zukunft aufweisen.

Land, Volk und Vorgeschichte

Die Kolonialgeschichte, die jetzt abgeschlossen wurde, hatte im Grunde zwei Phasen: die der vier Jahrhunderte langen Beherrschung der Bahutu durch die Batutsi und die der europäischen Verwaltung, die kaum 70 Jahre gedauert hat.

Ruanda und Burundi sind flächenmäßig nicht groß: zusammen umfassen sie 54 172 qkm; davon entfallen 24 500 qkm auf das im Norden gelegene Ruanda. Die westliche Grenze wird natürlicherweise gebildet durch die Kluft, die von Nord nach Süd Afrika durchzieht. An der Grenze Ruandas liegt der Kivusee in 1500 m Höhe; an der Grenze Burundis der Tanganjikasee in 750 m Höhe. Von Nord bis Süd erhebt sich ein Bergrücken, die Berge des Mondes genannt, der über 2000 m hoch ist. Dem schließt sich nach Osten hin eine Hochebene von 1500 m an, die nach Tanganjika hin auf Savannen und Moore in 1000 m Höhe ausläuft. Diese werden von zahl-

losen Flüssen durchschnitten, die zwar z. T. befahrbar, deren Ufer jedoch durch breite Papyruswälder unzugänglich gemacht sind.

Nur von Norden her, wo Ruanda an Uganda grenzt, war der Zutritt zum Lande möglich. Diesem Weg sind wahrscheinlich sowohl die Bahutu als auch die Batutsi gefolgt. Schon früher waren die Twa in das Land eingezogen, ein pygmoides Völkchen, das heute noch etwa 1,3 % der Gesamtbevölkerung bildet. Die Bahutu sind Bantuneger und betreiben eine primitive Landwirtschaft. Sie machen 84 % der Bevölkerung aus. Die Batutsi kamen zuletzt, etwa im 15. Jahrhundert. Es sind Nilo-Hamiten, wahrscheinlich von Äthiopien herkommend; sie bilden 15 % der Gesamtbevölkerung.

Die Twa wurden weder von den Bahutu noch von den Batutsi als Menschen betrachtet, jedoch für Hand- und Spanndienste benutzt, sogar noch bei den Morden in den letzten Jahren. Die Bahutu ihrerseits waren von Anfang den Batutsi unterlegen, auch körperlich. Sie haben eine Körpergröße von durchschnittlich 1,67 m gegenüber 1,90 m der Batutsi. Wichtiger ist noch, daß die Batutsi Hirten sind und ihren Reichtum nach der Zahl von Rindern bemessen, die sie besitzen. Auch für die Bahutu ist demnach der Besitz von Großvieh eine Bedingung sozialen Ansehens geworden, und um sich dies zu verschaffen, arbeiteten sie für die Batutsi. Allmählich entstand daraus eine Knechtschaft, denn die Batutsi, die anfänglich nur das nichtkultivierte Land ausnutzten, eigneten sich später immer mehr Land an, indem sie sich die Bahutu-Landbesitzer durch Viehlieferungen verpflichteten und verschuldeten. Dieser Prozeß hat sich ohne Krieg vollzogen. Die Batutsi-Stämme haben sich im Laufe der Jahrhunderte zusammengetan, es haben sich Unterwerfungsverhältnisse herausgebildet, und schließlich haben sich daraus die beiden Batutsi-Monarchien Ruanda und Burundi entwickelt. Bemerkenswert ist, daß die Batutsi die Sprache der Bahutu übernommen haben, so daß sich diese überall im Lande als Einheitssprache vorfindet.

Als die Europäer ins Land kamen, gab es noch einige Gegenden, in denen nur Bahutu wohnten; die Macht der Batutsi verbreitete sich jedoch unter dem Schutz des von den Engländern übernommenen Verwaltungssystems der „indirect rule“ über das ganze Land.

Die Europäer betraten erst am Ende des vorigen Jahrhunderts das Inland. Früher glaubte man, daß im Gebirge des Mondes ein großer See läge, dem sowohl der Nil und Kongo als auch der Sambesi entspränge. 1871 fuhren Stanley und Livingstone auf dem Tanganjikasee das Ufer Burundis entlang, wagten sich jedoch nicht aufs Land. 1884 nahm Deutschland es in seinen Besitz; aber erst in den neunziger Jahren drangen die ersten Offiziere ins Innere durch. Sie gründeten Usumbura. Es kam nicht zu einer militärischen Verwaltung wie in Deutsch-Ostafrika. Man gab sich damit zufrieden, die Könige regieren zu lassen und mittels Residenten zu überwachen. Bis 1915 wurde keine Steuer erhoben. Erst nach der Jahrhundertwende gewährte man arabischen und indischen Händlern Zutritt ins Land.

Obschon die ethnische Zusammensetzung in Ruanda und Burundi die gleiche ist, hat die soziale Entwicklung einen unterschiedlichen Verlauf genommen. In Ruanda haben die Bahutu sich kaum mit den Batutsi vermischt, bildeten jedoch keine eigene autonome Gruppe von politischer Bedeutung. Die Tatsache, daß sie nicht in

Dörfern, sondern in kleinen Weilern zerstreut leben, dürfte dafür der wichtigste Grund sein. Die Batutsi in Ruanda sind wahrscheinlich zweierlei Abstammung und haben ihren grundsätzlichen Feudalismus in hohem Maße beibehalten. In Burundi dagegen ist dieser durch Mischung stark abgeschwächt, und die Bahutu haben ihre Rechte auf das Land besser wahrnehmen können. Die Gegensätze sind viel schwächer, und die Bevölkerung im ganzen ist besser vorbereitet auf die heute in Gang gesetzte Demokratisierung (vgl. „Afrique nouvelle“, 10. 5. 61). Es gibt dort eine kleine privilegierte Klasse, die Baganwa (Batutsi), der fast alle Häuptlinge entstammen und der sich sowohl die übrigen Batutsi als auch die Bahutu widersetzen. In beiden Ländern haben die Bahutu in den letzten Jahrzehnten Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiete gemacht, besonders durch die Erlangung von Verwaltungsstellen. In Ruanda war dies eine Vorbereitung zur Revolution wider die Unterdrückung; in Burundi eine friedliche soziale Gleichschaltung.

Die Dynastien haben in dieser unterschiedlichen Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt. In Burundi regiert seit 1915 König Mwambutsa, der von der Bevölkerung sehr verehrt und geliebt wird. Er führte im März 1960 eine Verwaltungsreorganisation durch, wobei die traditionellen Häuptlinge ihres Amtes enthoben wurden. Das Land wurde aufgeteilt in 18 Provinzen und 181 Gemeinden. Die Bürgermeister und ihre Räte wurden von den Einwohnern gewählt. Auf dieser Basis wurden im November 1960 die Wahlen für die von der belgischen Treuhänderregierung angekündigte provisorische Regierung abgehalten. Sie wurde im Januar 1961 eingesetzt. Der Wahlsieg fiel an die Partei „Die Gemeinsame Front“, die 57% der Stimmen erhielt und im Januar 1961 auch die Regierung bildete. Am 18. September 1961 folgten, eine Woche früher als in Ruanda, die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung. Sie wurden unter Aufsicht der UN und Belgiens abgehalten. Anstelle der Gemeinsamen Front trat die UPRONA (Union du Progrès National) mit einer überwältigenden Mehrheit von 90% der Stimmen an die Spitze. Die UPRONA ist die erste politische Partei Burundis. Sie wurde vom ältesten Sohn des Königs, Prinz Rwagasore, gegründet und geleitet, bis dieser, kurz nach dem Wahlsieg, am 13. Oktober von Widersachern ermordet wurde.

In Ruanda regierte seit 1931 König Charles Mutara III. Er starb 1959 plötzlich in einer Klinik. Die Batutsi erklärten Kigeri V., den zwanzigsten in der Dynastie, zum Nachfolger. Er war eine sehr konservative Persönlichkeit. 1949 war zum erstenmal ein Bahutu Häuptling und Abgeordneter geworden. Als Belgien 1952 für Ruanda und Burundi Beraterkollegien einsetzte, deren Mitglieder z. T. gewählt werden sollten, fand kein Bahutu Zutritt. 1954 wurde die Hirtenknechtschaft aufgehoben, und man versprach Maßnahmen für die Abschaffung der Hörigkeit auf dem Lande und für Gemeinbesitz der Weiden. Die Wahlen im Jahre 1956 brachten jedoch keine Verbesserung für die Bahutu. Diese publizierten dann 1957 ein Manifest, in dem sie die Abschaffung der Batutsi-Oberherrschaft forderten. Verschiedene politische Parteien wurden gegründet, u. a. die UNAR (Union National de Ruanda), eine Batutsi-Partei, und die PARMEHUTU (Parti Mouvement de l'Emancipation des Bahutu). In den Kommunalwahlen Juni/Juli 1960 erhielt die letztere 80% der Stimmen, und in der von den UN kontrollier-

ten Wahl für die gesetzgebende Versammlung am 25. September 1961 erreichte sie 79%. König Kigeri V. mußte im Januar 1962 das Land verlassen, nachdem die PARMEHUTU in einer revolutionären Versammlung in Gitamara am 28. Januar eine Regierung gebildet hatte. Hätte nun die UNAR-Partei sich in die Tatsachen gefügt, wäre dem Morden und Plündern in Ruanda wahrscheinlich ein Ende gesetzt worden. Sie hat jedoch in Nachbarländern und darüber hinaus Stimmung gemacht und in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Gültigkeit der Wahl angezweifelt. Eigentümlicherweise wurde sie vom afroasiatischen Block unterstützt, besonders von Ägypten, Uganda und Tanganjika. Auch Rußland und seine Satelliten behaupteten, daß das Wahlergebnis unter belgischen kolonialistischen Einflüssen zustande gekommen sei. Zwar wurde es schließlich von den Vereinten Nationen anerkannt, und man einigte sich auf zwei Resolutionen, von denen die eine die Übertragung der Souveränität am 1. Juli, die andere Verhandlungen zwischen der Regierung Ruandas und der Opposition bezüglich des Königs vorsah; jedoch fühlte sich die Bahutu-Bevölkerung enttäuscht und in ihrer Freiheit bedroht, so daß die Unruhen und Morde zunahmen. Infolgedessen flüchteten zahllose Batutsi aus dem Land. Zur Zeit schätzt man ihre Zahl auf 145 000, von denen sich 36 000 in Uganda, 60 000 in Kivu (Kongo), 40 000 in Burundi und 8000 in Tanganjika befinden. Sie bilden heute das größte und dringendste Flüchtlingsproblem (Fides, 22. 6. 62). Die Übertragung der Souveränität an beide Staaten und ihr Verhältnis zueinander wurden am 26. Juni im Treuhänderat der Vereinten Nationen diskutiert und die betreffenden Resolutionen mit 92 Stimmen gegen 11 Enthaltungen (Sowjetblock und Togo) angenommen. Am 27. wurden sie in der Vollversammlung ratifiziert. Ruanda und Burundi traten als 105. und 106. Mitglied der Vereinten Nationen bei. Die belgischen Truppen hätten bis zum 1. August das Land verlassen müssen. Es scheint jedoch, daß es Ruanda damit nicht eilt und daß es noch bis Ende 1964 belgische Militärberater für die Ausbildung der nationalen Armee und Polizei wünscht.

Bevölkerungszuwachs und Wirtschaft

Über die Bevölkerung Ruanda-Burundis um die Jahrhundertwende gibt es keine zuverlässigen Schätzungen. Man weiß nur, daß sie durch Hungersnöte und Krankheiten regelmäßig reduziert wurde. Die Wirtschaft kreiste um die reine Existenz und war nicht imstande, Nahrungsreserven anzulegen, die Produktion zu heben oder Krankheiten zu verhindern. Bei den Ältesten lebt noch die Erinnerung an besonders katastrophale Jahre, die bisweilen mit Eigennamen bezeichnet werden wie heutzutage die Tornados (Pagès, Au Ruanda, sur les bords du lac Kivu, 1933, S. 213 ff.).

Seit 1922 haben die belgischen Behörden die erwachsenen Männer und die von ihnen abhängigen Angehörigen registriert. Die sich darauf stützenden Gesamtschätzungen wurden allmählich zuverlässiger. Für 1959 wird noch eine Unterbewertung von 2—5% für wahrscheinlich gehalten. 1922 wurde die Gesamtbevölkerung der zwei Staaten auf 4 Millionen geschätzt; 1950 waren es 3 863 000. Zwischen 1928 und 1933 ging sie von 3,7 auf 3,2 Millionen zurück. Etwa 140 000 Personen dürften während dieser Zeit durch Hungersnot umgekommen sein, andere durch Krankheit; aber auch die Auswanderung war — wie immer — bedeutend. Auch von 1943—1945 herrschte

Hungersnot; ihr Einfluß auf die Sterbeziffer läßt sich jedoch nicht feststellen.

1959 wurde die Zahl der Bewohner mit 4 847 831 angegeben, davon 2 634 451 in Ruanda und 2 213 380 in Burundi; das bedeutet eine Bevölkerungsdichte von 100 bzw. 79,5 pro qkm. In den Nachbarländern: Kongo, Tanganjika und Uganda beträgt sie 5,6 bzw. 9,5 bzw. 23,7. Ruanda-Burundi ist das dichtest bevölkerte Land Afrikas. Der rezente Zuwachs ist dem Rückgang der Sterbeziffer zuzuschreiben, der wiederum einer verbesserten Gesundheitsfürsorge zu verdanken ist. Während die Geburtenziffer sich nach wie vor zwischen 40—45 je 1000 bewegte, ging die Sterbeziffer von 30 im Jahre 1931 bis auf 20 im Jahre 1950 zurück. Das Demographische Jahrbuch 1959 gibt für Ruanda-Burundi eine Geburtenziffer von 49,5 und eine Sterbeziffer von 15,4 (1957), was in letzter Zeit einen natürlichen Zuwachs von 3,5% pro Jahr vermuten läßt!

Wenigstens 8000 Personen pro Jahr wandern aus: das sind jedoch nur ungefähr 6% des Zuwachses. Es bleibt also ein großes Problem, dem Zuwachs entsprechende Nahrung und Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Dies ist um so schwieriger, da die Bevölkerung — wie gesagt — nicht in Dörfern zusammenlebt, so daß keine zentralen Maßnahmen durchgeführt werden können. In beiden Staaten zusammen leben etwa 914 000 erwerbsfähige Männer im Alter von 18—55 Jahren, von denen etwa 25 000 in Büros und Betrieben beschäftigt sind. Es bleiben also 890 000 Menschen, die fast individuell zum Fortschritt angeleitet werden müßten. Die den Häuptlingen nicht unmittelbar unterstellte Bevölkerung belief sich 1959 auf 62 607, davon über 40 000 in der Stadt Usumbura.

Das Land hat sehr durch Erosion gelitten. Nur 2,9% des Bodens sind noch mit Wald bedeckt. Dieser ist nicht ausbeutbar; Aufforstung ist sehr notwendig, jedoch schwierig. 24% des Bodens werden für Ackerbau verwendet. Produziert werden Maniok, Süßkartoffeln, Bohnen und Bananen; die Produktion wird fast ausschließlich von der Bevölkerung selbst verbraucht. Die Bananen dienen zur Zubereitung von Bier, das sehr viel getrunken wird. Nur 5% des Ackerbodens werden von Unternehmungen bearbeitet. Alles übrige Land wird, soweit das möglich ist, als Weideland für das Vieh benutzt: eine Million Rinder, eine halbe Million Schafe und 1,7 Millionen Ziegen.

Während man den Ertrag der einheimischen Wirtschaft an Nahrungsmitteln und Marktprodukten im Jahre 1959 auf ca. 1 Milliarde DM schätzte, beläuft sich der Ertrag an Kaffee (35 000 Tonnen; doch ist der Export seitdem infolge Unruhen bis auf die Hälfte gesunken), Baumwolle (10 500 Tonnen) und Bergwerksprodukten (4700 Tonnen) insgesamt auf etwa 105 Millionen DM (vgl. „Afrique nouvelle“, Nr. 718, 10. 5. 62, S. 9). Die Geldeinnahmen belaufen sich pro Familie auf etwa 150 DM pro Jahr; eine Stichprobe, die man 1955/56 in der Gegend von Astrida durchführte, ergab, daß die Ausgaben pro Kopf pro Jahr etwa 100 DM entsprachen: davon wurden 65 DM für Nahrung, 13 DM für Kleidung, 7 DM für Steuer und 3 DM für Hausrat verwendet. Daraus läßt sich schließen, daß der Gesamtexport, der pro Kopf kaum einem Fünftel der dürftigen eigenen Existenzmittel im Wert gleichkommt, noch viel zu gering ist.

Belgien hat seit 1955 jährlich etwa 40 Millionen DM in Schulen, Gesundheitsfürsorge, Wegenetz, Landwirtschaft, Energie, Justiz und Administration investiert. Die Landwirtschaft und vor allem die irrationelle Viehwirtschaft,

die noch immer auf soziale Geltung statt auf wirtschaftlichen Fortschritt ausgerichtet ist, erfordern Maßnahmen, die wegen des Bodenzustandes und des Klimas sehr kostspielig sind und von der sozialen Struktur der Bevölkerung her mit noch größeren Schwierigkeiten rechnen müssen. Die Industrialisierung hat sehr bescheiden angefangen; jedoch dürfte der Abzug der Belgier — von ca. 9000 sind keine 1000 mehr übrig — verhängnisvoll werden, zumal damit gerechnet werden muß, daß die fähigen Afrikaner sich in die Politik begeben.

Zu den innenpolitischen Gegensätzen kommt also eine Wirtschaft, die sehr dürftig ist und für deren Aufbau nur wenige Afrikaner fähig oder überhaupt interessiert sind. Die politische Entzweiung der beiden Länder (Burundi war bei der Unabhängigkeitsfeier Ruandas nicht vertreten!) läßt sich verstehen aus der Tatsache, daß die Bahutu in Ruanda das Feudalsystem mit Gewalt zerschlagen haben, während Burundi es, wenn auch in einer gemäßigten Form, behalten hat. Diese Tatsache hat ein wirksames wirtschaftliches Abkommen zwischen beiden verhindert; sie dürfte auch die weitere Entwicklung gefährden.

Die Kirche

Die Kirche in Ruanda und Burundi hat eine sagenhafte Geschichte hinter sich und gilt noch immer als die segensreichste Mission der Neuzeit.

Nachdem 1879 zum erstenmal ein Missionar, und zwar ein Weißer Vater, das Land betreten hatte, wurden verschiedene Versuche zur Eröffnung einer ersten Missionsstation gemacht. Zwei Priester und ein Laienhelfer wurden von Einheimischen ermordet. Noch im Jahre 1898 wurde die Station Muyaga zweimal niedergebrannt. 1901 gab es zwei Niederlassungen mit insgesamt 6 Missionaren und 34 Christen. Dann ging es allmählich voran. 1910 zählte man 5 Stationen, 16 Missionare und 1600 Christen. 1912 wurde das Apostolische Vikariat Kivu gegründet, das ganz Ruanda und Burundi umfaßte. Im Jahre 1922 wurde es in 2 Vikariate, Ruanda und Burundi, aufgeteilt. Schon 1917 wurden die ersten Ruandesen, 1925 die ersten Burundesen zu Priestern geweiht. In beiden Vikariaten wuchs die Zahl der Gläubigen nun sehr schnell.

Allein Burundi zählte 1936 über 237 000 Katholiken und 85 000 Katechumenen, verteilt auf 20 Missionsstationen. Man könnte glauben, daß die heilige Taufe ohne gründliche Vorbereitung gespendet wurde. Das war jedoch nicht der Fall. Ihr geht ein Katechumenat von vier Jahren voraus; eine ungewöhnlich lange Zeit, die jedoch auf der Erfahrung der Weißen Väter gründet und noch immer beibehalten wird.

Inzwischen war die Zahl der Missionare auf 54 angestiegen; 12 einheimische Priester standen ihnen zur Seite. Die Arbeit war aufreibend: jeder Priester mußte 3600 Getaufte betreuen, während die Zahl der Bekehrungen noch immer zunahm. Im Jahre 1947 war die Katholikenzahl Burundis auf 542 000 gestiegen, während 242 000 Katechumenen sich auf die heilige Taufe vorbereiteten. Durchschnittlich jeder Priester — damals 90 Weiße Väter und 25 Einheimische — war für die Betreuung von 4700 Christen und 2100 Katechumenen verantwortlich. Allein im Jahre 1936/37 wurden 148 000 Taufen erteilt.

Dasselbe Gebiet — seit 1949 aufgeteilt in die Vikariate Kitega (bis 1962 Hauptstadt von Burundi) und Ngozi — zählte 1957 über 1 061 000 Katholiken und 235 000 Katechumenen, betreut von 190 Weißen Vätern, 51 einheimischen und 17 europäischen Diözesanpriestern, was je

Priester 4100 Getaufte und 1000 Katechumenen bedeutete. Eine weitere Abtrennung erfolgte 1959, als die Diözese Usumbura gegründet wurde und der Leitung des afrikanischen Bischofs Michael Ntuyahaga anvertraut wurde. Im selben Jahre wurde die Hierarchie in Burundi und ebenfalls in Ruanda errichtet. Kitega wurde Metropolitansitz Burundis unter Erzbischof Antoine Grauls. Schließlich wurde 1961 die Diözese Bururi gegründet. Ngozi erhielt einen afrikanischen Bischof in der Person von André Makarakiza, und der europäische Bischof von Ngozi übernahm die neue Diözese. Die letzte Statistik, 1961, weist für Burundi bei einer Einwohnerzahl von 2 382 640 eine Katholikenzahl von 1 340 391 und 149 510 Katechumenen auf, d. h. zusammen mehr als 62 %. Es gibt noch 780 000 Heiden neben 92 300 Protestanten und 20 500 Mohammedanern in Burundi. Fast die Hälfte der Protestanten lebt in Bururi, das besonders unter dem Mangel an katholischen Missionaren gelitten hat.

In Ruanda ist der Fortschritt der Kirche weniger spektakulär, aber im Vergleich mit anderen Missionsprengeln noch immer besonders günstig. 1961 zählte die Kirche bei einer Bevölkerung von ca. 2 770 000 Seelen 815 000 Katholiken und 200 000 Katechumenen, zusammen 34 %. Sie sind nicht gleichmäßig verteilt. In der Diözese Nyundo im Norden lebten 1959 etwa 94 000 Katholiken und 47 000 Katechumenen, d. h. 26 % der dortigen Bevölkerung. Die Aussichten sind jedoch hoffnungsvoll, da erstens bei 56 Priestern die Zahl der Katholiken und Katechumenen ungefähr 2800 je Priester beträgt, was verhältnismäßig günstig genannt werden kann; und da zweitens 38 Priester Söhne des Landes sind, die unter der Leitung von Bischof Louis Bigirumwami, einer erleuchteten und zielbewußten Persönlichkeit, stehen.

Die Hierarchie Ruandas zählt wie die Burundis 4 Bischöfe, davon 3 Afrikaner, nämlich den schon genannten Bischof Bigirumwami von Nyundo, Bischof Joseph Sibomana von Ruhengeri und Bischof Johann Baptist Gahamanyi von Astrida, alle dem Diözesanklerus entstammend. Der erzbischöfliche Sitz befindet sich in Kabgayi; Erzbischof ist André Perraudin. Im Jahre 1957 arbeiteten in Ruanda 243 Priester, davon 112 Afrikaner, d. h. 46 %; in Burundi 249 Priester, davon 51 Afrikaner oder 20 %. Der Unterschied ist auffallend, zumal Burundi fast doppelt so viele Katholiken hat als Ruanda. Die Ursachen dafür sind uns unbekannt, die Tatsache wurde beängstigend genannt (Fides, 12. 1. 61).

Die Priester- und Ordensberufe

Eine dieser Ursachen dürfte ohne Zweifel wohl der schnelle Zuwachs der Katholikenzahl sein, der eine intensive Seelsorge unmöglich macht. Auch dürfte die Wohnweise entscheidend sein: die Menschen sind familienweise über das ganze Land zerstreut; es gibt keine Dorfgemeinschaften, in denen ein Priester oder ein Katechist ein kirchliches Gemeinschaftsleben erwecken und gestalten könnte, das geeignet wäre, den im Familienkreis aufgekeimten Beruf zu pflegen und zu fördern. Freilich gilt dieser Umstand sowohl für Ruanda wie auch für Burundi; jedoch verfügt man in Ruanda im Vergleich zu Burundi über doppelt so viele Priester, was die Intensivierung der Seelsorge, besonders auch die Maßnahmen zur Förderung der Priesterberufe, bedeutend erleichtert.

Die Erzdiözese Kitega in Burundi hat 5 Pfarreien von je 42 000 bis 58 000 Christen; auch in den Diözesen Ngozi und Usumbura hat man einige von 38 000; we-

nigstens 10 Pfarreien zählen je zwischen 3500 und 8000 Taufbewerbern; die Pfarrei Makamba in der Diözese Bururi hat derer 9000 (Fides, 21. 2. 62). Wenn man nur Priester hätte, dann wäre die restlose Bekehrung der Heidenbevölkerung zum katholischen Glauben eine Frage von wenigen Jahren.

Ruanda erhielt sein erstes Knabenseminar und Theologenseminar im Jahre 1912 in Kabgayi; Burundi im Jahre 1925. Bis 1951 wurden die künftigen Priester beider Länder im Theologikum in Kabgayi ausgebildet. Seit 1951 hat Burundi ein eigenes Theologenseminar in Burasira. Von 1925 bis 1961 wurden im ganzen 73 Burundesen zu Priestern geweiht; die Zahl der Ruandesen dürfte doppelt so groß sein. Zur Zeit gibt es in Ruanda drei und in Burundi zwei Knabenseminarien mit insgesamt etwa 800 Studenten.

Ein besonderes Ereignis fand am Pfingstfest 1962 in Ruanda statt. An jenem Tage wurden in Nyundo von Bischof Bigirumwami fünf junge Leute zu Priestern geweiht, davon 2 Afrikaner und 3 Europäer, nämlich ein Belgier und 2 Franzosen. Diese drei hatten sich unmittelbar der Missionsdiözese Nyundo zur Verfügung gestellt, im Priesterseminar von Nyakibanda (früher Kabgayi) studiert, zu gleicher Zeit sich den afrikanischen Verhältnissen assimiliert und sich von der Diözese Nyundo inkardinieren lassen. Sie gingen also einen Schritt weiter als die von der Enzyklika *Fidei donum* eingeladenen Diözesanpriester, die in ihrer Heimatdiözese inkardiniert bleiben und dorthin zurückkehren. Der betreffende Fides-Bericht schreibt darüber (27. 6. 62): „Das stellt ohne Zweifel einen kühnen und hochherzigen Schritt dar, da sie sich damit freiwillig entschlossen haben, ihr ganzes Leben fern von ihren Angehörigen zu verbringen.“ Die Jungpriester selbst schreiben in einem von ihnen verfaßten Büchlein: „Unsere einzige Absicht ist es, in der unter den gegebenen Umständen bestmöglichen Weise den dringenden Bedürfnissen der jungen Kirche nachzukommen. Im Rahmen des Säkularklerus unter einem einheimischen Diözesanbischof zu arbeiten, bedeutet den Versuch, zu verhindern, daß der Katholizismus an unsere (europäische) Denk- und Lebensart gebunden erscheint, bedeutet also Verchristlichung ohne Verwestlichung.“

Das Ereignis hat, abgesehen von diesen persönlichen Motiven, auch noch die besondere Bedeutung, daß hier von unten herauf, d. h. von einigen Priesterstudenten, die Sendungspflicht der Kirche, die bisher allzu einseitig von Orden ausgeübt wurde, in einem interdiözesanen Verhältnis der Mutterkirche zum Missionsland verkörpert wird. Es wird sich lohnen, die Wirkung hier und drüben zu verfolgen.

Bereits im Jahre 1914 wurde in Ruanda die Schwesternkongregation Benebikira gegründet. Sie zählte (1961) 266 Mitglieder, die über 32 Stationen in Ruanda verteilt sind. Ihre Tätigkeit gilt der Mädchenerziehung, der Krankenpflege und der Ausbildung der Frauen für ihre Aufgaben in der Familie und im sozialen Leben. Seit 1961 haben sie ihr Arbeitsfeld bis zum Kongo ausgebreitet, wo sie in der Provinz Kivu durch 26 Schwestern vier Stationen betreuen. Auch dies dürfte in der jüngsten Missionsgeschichte, jedenfalls seit der Entstehung der neuen souveränen Nationen, erstmalig und als übernationaler Durchbruch von größter Bedeutung sein.

Die Kongregation der Brüder von St. Joseph in Kabgayi wurde bereits 1919 approbiert.

In Burundi erfolgte die Gründung des Schwesternordens

Bene Terezya erst im Jahre 1931 und die einer Kongregation für Laienbrüder, Banya Yozefu, 1945. Die Zahl der Mitglieder dieser vier Institute belief sich 1957 auf 106 Brüder und 22 Novizen sowie 365 Schwestern und 103 Novizinnen (Bilan du Monde).

Der Unterricht

Wenn man in einem Kipa-Bericht (20. 6. 62) liest, daß einerseits die Regierung Ruandas ein Drittel ihres Budgets für Erziehungsaufgaben verwendet und andererseits die katholische Kirche 90% des Schulunterrichtes betreut, so muß man sich klarmachen, was hier eigentlich geleistet wird. Die katholischen Volksschulen werden von 220 000 Kindern besucht; 3558 katholische Lehrer erteilen ihnen Unterricht.

Vorausgesetzt, daß unter der Leitung der belgischen Treuhänderregierung in Burundi das gleiche getan wird, müßten dort — unter Berücksichtigung der geringeren Bevölkerungszahl — etwa 185 000 Kinder die katholischen Volksschulen besuchen. Das macht in beiden Ländern zusammen 405 000 Schüler im katholischen Unterricht. 1957 waren es 218 000 (Bilan du Monde II, S. 668). Die Zahl hat sich also in 5 Jahren fast verdoppelt. Wie ist das möglich? Eine ausführliche und fundierte Studie des Zentrums für kirchliche Sozialforschung in Brüssel (J. Delcourt, *L'Enseignement au Ruanda-Urundi*, 1960, nicht veröffentlicht) sagte auf Grund des neuen Zehnjahresplanes eine Entwicklung bis zu 353 000 Schüler im Jahre 1970 voraus, wenn man die volle Schulzeit für alle Schüler einführt und 4400 zusätzliche Lehrer heranzubildet. Sie befürwortete, wenigstens auf dem Lande, das System der getrennten Unterrichtsstunden, d. h. von zwei Zyklen von Schülern mit je drei Stunden am Tag, so daß man mit demselben Lehrerstab eine Zahl von etwa 670 000 Kindern versorgen kann.

Es scheint, daß die Bevölkerung selbst die Durchführung dieses Planes in die Hand genommen hat. Wie allentwegen in den jungen Staaten Afrikas und Asiens kommen die Kinder in großer Zahl zur Schule: Das bedeutet ein unzweideutiges Bekenntnis zur Entwicklungsaufgabe und zum neuen Selbstbewußtsein. Die Regierungen fördern diese Tendenz, weil sie die Vorbedingung für den nationalen Aufbau bildet. Dieser Vorgang wird in Ruanda-Burundi besonders begünstigt durch die Tatsache, daß die Kirche seit vielen Jahren nicht nur den von Regierungszuschüssen ermöglichten Unterricht durchgeführt hat, sondern daneben eine Unzahl von sog. Buschschulen unterhielt, in die 1957 in Ruanda-Burundi 332 000 Kinder gingen, d. h. anderthalbmal die Zahl der Kinder, welche die finanziell unterstützten Schulen besuchten. Wahrscheinlich werden diese früheren Buschschulen jetzt eine nach der anderen in das Budget aufgenommen. Und wahrscheinlich wird es, wenn die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen, auch nicht bis 1970 dauern, bis alle diese Schulen den vollen Unterricht von sechs Stunden pro Tag an alle Schüler erteilen. Die Zahl der Schüler in den Lehrerseminaren stieg von 900 im Jahre 1950 auf 2062 im Jahre 1957 (World Survey of Education III, UNESCO 1961). Sie wird noch schneller steigen, und gleichzeitig wird die Ausbildung qualitativ besser werden, so daß die „écoles de moniteurs“, die zum Unterricht in den drei Unterstufen der Volksschule befähigen, allmählich abgeschafft werden.

Man erwartet, daß die volksschulfähige Bevölkerung Ruanda-Burundis 1970 etwa 1 070 000 zählen wird. Die

im Mai 1960 abgehaltene Konferenz in Addis Abeba zielt ab auf 100%igen Schulbesuch im Jahre 1980. Man darf hoffen und auch erwarten, daß 1970 sich wenigstens 700 000 Kinder in Ruanda-Burundi am Unterricht beteiligen werden. Hier liegt also eine riesige Aufgabe der Kirche, vorausgesetzt, daß sie ihren jetzigen Anteil am Unterricht behalten will und — politisch gesehen — kann. Dabei stellt sich wiederum die Frage, ob unter Umständen eine teilweise Preisgabe des Volksschulunterrichtes zum Vorteil des Normal-, Mittelschul- und Handwerksunterrichtes zu bevorzugen ist.

Ein aktuelles Anliegen ist z. Z. der Unterricht für Mädchen. Die öffentliche Meinung, besonders auch die Auffassung der Volksschullehrer, hält es nicht für notwendig, daß eine Frau Schulausbildung erhält. Gegenüber 170 000 Jungen besuchten 1957 nur 67 000 Mädchen die Volksschule; in den Mittelschulen allgemeiner Bildung fand man damals nur 79 Mädchen gegenüber 668 Jungen. Auch das scheint sich zu ändern, denn in dem oben erwähnten Kipa-Bericht wird gesagt, daß von 7500 Volksschulentlassenen 1960 ca. 1000 Jungen und 600 Mädchen in den Mittelschulen eingeschrieben wurden.

Die belgische Schulpolitik war auf handwerkliche Ausbildung ausgerichtet. Sie unterschied allgemein das afrikanische vom europäischen Programm. Im afrikanischen gab es keine vierjährigen Mittelschulen für Allgemeinbildung, wohl aber sechsjährige, mit dem Unterschied, daß kein Latein unterrichtet wurde, wie es in Belgien noch allgemein üblich ist. Weiter gab es spezielle Schultypen von 3—4 Jahren: für Gesundheitspflege, Tierheilkunde und Landwirtschaft. Schließlich gab es etwa 20 Schulen für verschiedene Handwerke, jedoch keine einzige, die bis zur technischen Hochschule führte. Auch diese Mittelschulen waren z. T. konfessionell und staatlich unterstützt. Für Mädchen gab es, neben den Lehrerinnenseminaren für die Unterstufen der Volksschule, nur die Haushaltungsschulen von drei Jahren.

Die bereits erwähnte World Survey of Education gibt für 1957/58 die Zahlen: 668 Jungen und 79 Mädchen im allgemeinbildenden Unterricht, 1278 Jungen und 879 Mädchen im Handwerks- bzw. Haushaltungsunterricht. Einschließlich der Lehrerseminare umfaßte die Mittelstufe damals 4966 Schüler in Ruanda-Burundi, 1961/62 hat Ruanda allein derer 3629, die Schüler der Knabenseminarien nicht miteinbegriffen. Höchstwahrscheinlich verlegt sich der Schwerpunkt von den Fachschulen auf die allgemeine Bildung, woran sich sowohl Mädchen als Jungen in zunehmendem Maße beteiligen. Wird die Kirche diesen neuen Anforderungen entsprechen?

An höheren Unterrichtsinstituten sind vorhanden: das Kolleg der Frères de la Charité von Gent, Belgien, in Astrida, das je eine Abteilung für medizinische, tierärztliche, landwirtschaftliche und behördliche Ausbildung hat. Das Heilig-Geist-Kolleg der Jesuiten in Usumbura, 1952 errichtet, zählte 1958/59 360 Schüler, davon 320 Afrikaner. Im Herbst 1960 eröffnete es eine Universitätsfakultät für Philosophie und Literatur. Schließlich gibt es noch die 1958 errichtete landwirtschaftliche Fakultät der Universität von Kongo und Ruanda-Burundi, die eine Ausbildung für Agronomen und Zootechniker vorsieht.

Allgemeine Lage und Aussichten

Nachdem die Vergangenheit die Kirche Ruanda-Burundis in den Mittelpunkt der Gesellschaft und in das Herz der Bevölkerung hineingepflanzt hat, wird sie jetzt von vie-

len Gefahren bedroht. Ihre Lage ist tragisch. Es ist klar, daß die von der Kirche vertretene Soziallehre die Geister aufgeweckt hat und daß die in Ruanda ausgebrochene Revolution ohne die von der Kirche jahrzehntelang gegebene Erziehung nicht zu erklären wäre. Die politischen Parteien, sowohl die der Besitzer wie die der Habenichtse, stehen fast alle unter Führung von Katholiken. Die Unabhängigkeit wurde auch von der Kirche befürwortet und dankbar begrüßt. Jedoch eine nationale Einheit und Einigkeit auf christlichen Grundsätzen wurde nicht erreicht.

In Ruanda ist der Zustand am heikelsten. Es hat schon angefangen, als unter König Mutara III. die Kirche sich weigerte, das feudale System den legitimen Ansprüchen der Bahutu gegenüber zu unterstützen. Demzufolge wandte der König, der 1946 zum Kommandeur des Gregoriusordens ernannt worden war, sich ab und begann sowohl gegen die Kirche als auch gegen die Belgier zu intrigieren. Die Lage verschlimmerte sich, als 1956 durch Abschaffung des Viehpachtkontraktes Hunderttausende Stück Vieh in den Besitz der Bahutu übergingen. Sein Nachfolger, Kigeri V., ebenfalls katholisch, plante sogar die Abschaffung des Vertrages mit der Kirche bezüglich des Schulunterrichtes; er wollte den Staatsunterricht einführen und einen Arbeitsdienst der Bahutu organisieren, dies alles mit dem Zweck, mittels einer politischen Einheitspartei die Führung fest in die Hand zu bekommen, natürlich zugunsten der feudalen Herren. Dann brach der Aufstand aus; unbeschreibliche Untaten wurden von beiden Seiten begangen. Jedoch schärfte Erzbischof A. Perraudin in seinem Hirtenbrief 1959, der wörtlich von Bischof Bigirimwami übernommen wurde, die christlichen Grundsätze wiederholt ein und konstatierte, „daß in unserem Ruanda die sozialen Unterschiede und Unebenheiten zum großen Teil mit Rassenunterschieden verbunden sind, und zwar in dem Sinne, daß sich sowohl der Reichtum als auch die politische und Rechtsmacht in beträchtlichem Maße in den Händen von Leuten derselben Rasse befinden“.

Das hat sich in blutiger Weise geändert. Jedoch ist der Friede nicht gesichert; denn erstens ist die Frage, ob die Bahutu, ohne jede Erfahrung im Regieren, nicht einmal im Stammesverband, und ohne jeden Kader, den Problemen gewachsen sind; und zweitens ist nicht zu erwarten, daß die stolzen Batutsi sich dem Schicksal unterwerfen. Sie besitzen die Sympathie und bekommen auch Hilfe von Uganda — der Kabaka von Buganda ist ein feudaler Freund Kigeris —, von Tanganjika, das eine große ostafrikanische Föderation anstrebt, von lumumbistischen Elementen im Kongo, und sogar von den Sowjets, die für diese Gelegenheit die Seite der feudalen Aristokratie gewählt haben. Inzwischen scheuen sich einige Leute, darunter Katholiken, nicht, die Kirche für die Unruhen und Mordereien verantwortlich zu machen. Auch in Burundi sind alle politischen Führer, ausgenommen die islamitische UNARU-Partei, katholisch. Die herrschende UPRONA-Partei wurde — wie bereits gesagt — vom Prinzen Rwagasore gegründet. Er genöß großes Ansehen, auch als guter Katholik. Nach seinem Tod übernahm sein Schwager, Premier Muhirwa, die Führung. Dieser erklärte, wie üblich, daß sein Land sich keinem der Blocks anschließen wird. Die Frage, ob man sich weiterhin der EWG angliedern soll, wird dem Parlament vorgelegt. Vorläufig werden fünf Botschaften errichtet, davon je eine in den Vereinigten Staaten und in

der Sowjetunion. Obgleich das Feudalsystem in Burundi viel biegsamer ist als in Ruanda und von der Mehrzahl der Bevölkerung unterstützt wird, ist es nicht wahrscheinlich, daß es seine wahre Natur verleugnen wird. Die katholischen Gewerkschaften haben sich bereits in die Opposition begeben. Vier von ihren Führern wurden kürzlich ermordet. In die Taktik der Regierung paßt keine Pressefreiheit hinein, so daß die katholische Zeitung „Temps nouveaux d’Afrique“, die in Usumbura veröffentlicht wurde, es vorzog zu schweigen, statt die halbe Wahrheit zu sagen, und deshalb ihr Erscheinen einstellte.

Beide Länder haben ihre Schwierigkeiten bisher in eigener Weise gelöst, jedoch bei beiden handelt es sich um den Verwandlungsprozeß einer tiefgewurzelten Tradition in eine der westlichen Modernisierung angemessene Gesellschaft. Die Kirche, deren Gläubige und deren Klerus aus den einander gegenüberstehenden Lagern stammen, steht vor einer psychologisch überaus schwierigen Aufgabe.

Spanische Entwicklungen

Mit einer Aufmerksamkeit, wie sie zwei Jahrzehnte hindurch nicht für nötig erachtet wurde, verfolgte die Weltpresse in den vergangenen Monaten die Ereignisse in Spanien, deren überragende Bedeutung in politischer, sozialer und kirchlicher Hinsicht wohl erst später völlig einsichtig werden wird: die Streikwelle in der Industrie mit wirtschaftlichen Einbußen im Wert von 1,3 Milliarden DM, die Auseinandersetzung des Staates mit der Kirche, seine Maßnahmen gegen die Opposition und die Umbildung der Regierung.

Um die Darstellung der vielfältigen Geschehnisse nicht durch Analysen und Kommentare zu belasten, seien die grundlegenden Erkenntnisse daraus (und ihre Widerspiegelung in einigen prominenten Pressestimmen) im folgenden bereits vorweggenommen.

Wirtschaftliche Quellen . . .

1. Die Streiks entstanden aus wirtschaftlicher Notlage, nicht durch die Aktivität irgendwelcher politischer Gruppen. Während nach regierungsamtlicher Berechnung für das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie monatlich 4000 Peseten (nominell gleich 270 DM) erforderlich sind, wurde dieser Betrag im September 1960 nur von 4,2% der erfaßten Arbeitnehmer erreicht; 79% verdienen weniger als 2500 Peseten (Banco Central, „Estudio Económico 1961“, S. 183).

„Viele Arbeiter versuchen, in zwei verschiedenen Betrieben mit sechzehn Stunden Arbeit am Tag das Existenzminimum zu sichern. Das sind Aspekte, die an trübstes neunzehntes Jahrhundert erinnern. In dieses Bild paßt auch, daß das industrielle Großbürgertum Spaniens im Grunde noch nicht über sein selbstherrliches neunzehntes Jahrhundert hinausgekommen ist und in seiner Haltung, seinem Mangel an sozialer Einsicht, seiner kaltschnäuzigen Distanz, seinem Protzen nicht nur Klassenkampfindereisen ärgerniserregend dünkt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 5. 62).

„Wenn man bedenkt, daß außerhalb der Einheitsgewerkschaft, die selbstverständlich den Streik ablehnt, keine sichtbare Organisation der Arbeitnehmer besteht, daß diese über keine Führer, keine Geldmittel verfügen, so erscheint die Bewegung als eine mächtige Grundwelle, in